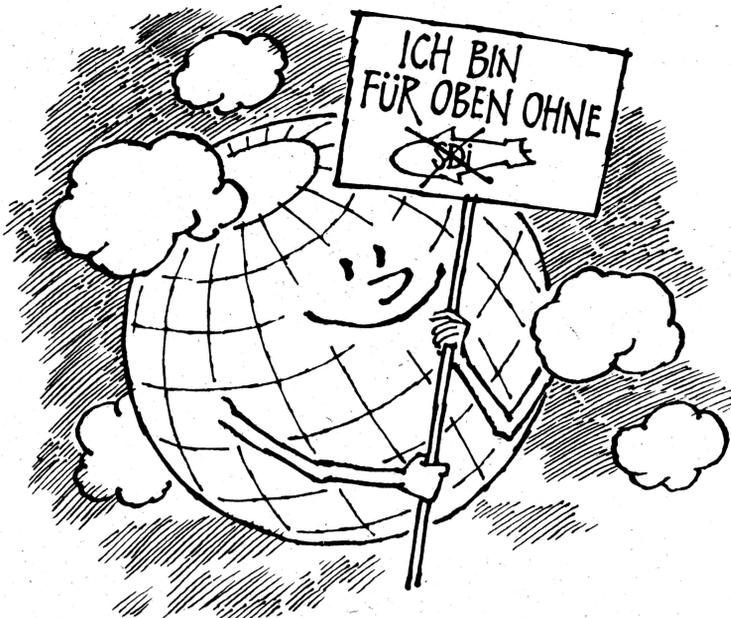


1986 Grundsätze für einen atomwaffenfreien Korridor vorgelegt, die vorsehen, alle taktischen Kernwaffen sowie die doppelt verwendbaren Waffensysteme (nuklear wie konventionell) zunächst aus einem Territorium von 150 Kilometer Breite beiderseits der Grenze zurückziehen und später die Zone noch zu vergrößern. Dieser Vorschlag, der die Zustimmung der Sowjetunion und der CSSR hat, liegt der BRD-Regierung offiziell vor. Bis jetzt jedoch erfolgte noch keine positive Resonanz aus Bonn.

Die mögliche Beseitigung der Mittelstreckenraketen hat aber auch die Frage der Reduzierung von konventionellen Waffen, die heutzutage weit verheerender als die des zweiten Weltkrieges sind, stärker in den Vordergrund gerückt als bisher. In NATO-Ländern reden führende Politiker und Militärs davon, daß bei einer doppelten Null-Lösung eine Überlegenheit der Warschauer Vertragsstaaten auf konventionellem Gebiet zur Wirkung käme. Abgesehen davon, daß es nicht nur auf der einen, sondern auch auf der anderen Seite infolge historischer, geographischer und anderer Faktoren partielle Überlegenheiten gibt, sehen die sozialistischen Länder kein Hindernis, dieses Problem im Zuge von Abrüstungsmaßnahmen im gegenseitigen Einvernehmen zu lösen. Sie haben nicht nur schon seit langem ein ganzes Programm zur radikalen Reduzierung der konventionellen Rüstungen und Streitkräfte vom Atlantik bis zum Ural unterbreitet. Sie haben auch vorgeschlagen, die bestehenden Asymmetrien im Verlauf der Abrüstung dadurch zu beseitigen, daß jene Seite, die vorn liegt, entsprechend reduziert.

Eine Nachrüstung dagegen würde - wie die letzten Jahre ehren - nicht mehr Sicherheit bringen. Im Gegenteil, sie würde verhindern, das beiderseits anerkannte Ziel zu erreichen: Gleichgewicht auf immer niedrigerem Niveau.



Zeichnung G. Neubert (entnommen aus „Lausitzer Rundschau“).

Die Staaten des Warschauer Vertrages sind außerdem der Meinung, daß wegen der Komplexität des Problems die Behandlung der konventionellen Waffen im Kontext mit den taktischen Kernwaffen der geeignete Weg ist, um voranzukommen. Letztendlich sollte keine Seite über mehr militärische Mittel verfügen, als zur Verteidigung nötig sind.

„Wir haben überhaupt nichts dagegen“, sagte Genosse Erich Honecker während seines Besuches im Juni dieses Jahres in den Niederlanden und unterstrich damit die Positionen der sozialistischen Staatengemeinschaft, „daß unter Beachtung des Prinzips der Gleichheit und der gleichen Sicherheit von Null-Lösung zu Null-Lösung geschritten wird, sei es bei Kernwaffen, bei chemischen Waffen oder konventionellen Waffen“.

Keine Seite sollte mehr, berechtigt oder unberechtigt, das Gefühl haben, militärisch bedroht zu sein. Deshalb haben die Länder des Warschauer Vertrages den NATO-Mitgliedsländern auch

vorgeschlagen, die Militärdoktrinen beider Bündnisse miteinander zu vergleichen, ihren Charakter zu analysieren und ihre künftige Ausrichtung zu erörtern. Wenn die NATO-Staaten wirklich - wie sie immer wieder beteuern - Abrüstung wollen und keine aggressiven Ziele verfolgen, so haben sie jetzt die Chance wie noch nie, dies unter Beweis zu stellen. Konkrete Vorschläge, die in beträchtlichem Maße auch vorgetragene Gedanken und Vorschläge von NATO-Ländern berücksichtigen, liegen auf dem Tisch. Sie haben nur ein, aber dafür ein um so bedeutenderes Ziel: Einen Krieg für immer aus dem Leben der Menschheit zu verbannen. Ein Abkommen zwischen der UdSSR und den USA über die Beseitigung der Mittelstreckenraketen bedeutet eine Wende zum Besseren in den internationalen Beziehungen. Es ist zu erwarten, daß von einem solchen Abkommen bedeutsame politische Impulse für die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den USA, zwischen